Regierungsrat

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
so.ch

Per E-Mail

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung
WBF

guillaume.hellmueller@sbfi.admin.ch

12. September 2023

Vernehmlassung zum Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und Umsetzung im Anwaltsgesetz

Sehr geehrter Herr Bundesrat,
sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben vom 15. Juni 2023 in oben genannter Angelegenheit, danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns dazu gerne wie folgt:

1. Anerkennung der Berufsqualifikationen im Bereich der Gesundheitsberufe

Der Abschluss des Abkommens ist grundsätzlich zu begrüssen. Im Bereich der Gesundheitsberufe ist in der Mehrheit der Fälle der Bund für die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen zuständig. Nur in seltenen Fällen reglementieren die Kantone noch Tätigkeiten (z.B. im Bereich der Naturheil-, Komplementär- oder Alternativtherapien) und sind damit in der Folge überhaupt für entsprechende Anerkennungsverfahren zuständig. Die gegenseitige Anerkennung von Berufsqualifikationen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich kann damit im bewährten Rahmen weitergeführt werden. Mit Blick auf den Fachkräftemangel im Bereich der Gesundheitsberufe ist es zudem wertvoll, wenn die Anerkennung von im Vereinigten Königreich erworbenen gleichwertigen Berufsqualifikationen analog zum Verfahren gemäss FZA möglich ist. Was die branchenspezifischen Vereinbarungen (vgl. Artikel 2.12) anbelangt, die in der Kompetenz des Bundesrates liegen sollen, so könnten davon allenfalls auch von den Kantonen reglementierte Berufe betroffen sein. Einer solchen Kompetenzdelegation kann unter dem Vorbehalt zugestimmt werden, dass der Bundesrat entsprechend Art. 54 Abs. 3 der Bundesverfassung (BV) auf die Zuständigkeiten der Kantone Rücksicht nimmt, ihre Interessen wahrt und sie gemäss Art. 55 BV in diese aussenpolitischen Entscheide einbezieht. Wir gehen deshalb davon aus, dass jeweils vorab entsprechende Konsultationen durchgeführt würden. Für eine erfolgreiche Umsetzung des Abkommens wird es schliesslich wichtig sein, die Kantone hinreichend über das neue Abkommen, seine Tragweite und Auswirkungen sowie seinen Anwendungsbereich und seine Funktionsweise zu informieren.

Im Bereich der vom MedBG, GesBG und PsyG geregelten Gesundheitsberufe liegt die Kompetenz zur Anerkennung ausländischer Diplome/Ausbildungsabschlüsse beim Bund. Der geplanten Kompetenzdelegation zum Abschluss selbständiger völkerrechtlicher Verträge über die Anerkennung von Berufsqualifikationen an den Bundesrat kann unter folgenden Voraussetzungen zugestimmt werden: Erstens muss sichergestellt bleiben, dass die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen nur möglich ist, sofern eine Äquivalenz mit den entsprechenden schweizerischen Berufsqualifikationen besteht. Im Bereich der Gesundheitsversorgung haben die Patientensicherheit, der Gesundheitsschutz sowie die Qualität der Leistungserbringung absoluten Vorrang. Zweitens müssen die verfassungsmässigen Rechte der Kantone gemäss Art. 54 Abs. 3 und Art. 55 BV auch hier jederzeit gewahrt bleiben (inkl. der vorstehend bereits angesprochenen Konsultationen bei den Kantonen).

2. Anerkennung der Berufsqualifikationen im Bereich bestimmter juristischer Berufe

Der erläuternde Bericht (S. 11 ff.) führt zur Änderung aus, das künftige System für britische Anwältinnen und Anwälte entspreche weitestgehend demjenigen, das für Anwälte aus der EU und EFTA gelte. Das Abkommen ermögliche es, eine einfache und auf das aktuelle System abgestimmte Regelung der Anerkennung von Berufsqualifikationen aufrechtzuerhalten. Nichts deute darauf hin, dass unter dem CRA automatisch anerkannte Qualifikationen in Zukunft umständlichen Ausgleichsmassnahmen unterliegen würden. Es sei somit nicht davon auszugehen, dass die Bearbeitung von Gesuchen aufwändiger werde. Auf die Kantone habe das Abkommen keine Auswirkungen und schaffe keinerlei zusätzliche Aufgaben.

Diese Ausführungen im erläuternden Bericht werden sehr begrüsst. Indessen scheint Anhang A des Abkommens («zusätzliche Bestimmungen für bestimmte juristische Berufe») in einem gewissen Widerspruch zu diesen zu stehen. So ist dort vorgesehen, dass die für juristische Berufe zuständige Behörde (v.a. die kantonale Anwaltsaufsichtsbehörde) von der Anwältin oder vom Anwalt im Rahmen eines Eintragungsverfahrens Ausgleichsmassnahmen verlangen kann, wenn sie der Meinung ist, es bestehe ein wesentlicher Unterschied zwischen den Berufsqualifikationen von Anwältinnen und Anwälten im Vereinigten Königreich und der Schweiz (Art. A.3 des Anhangs A). In diesem Fall müsste sie von der gesuchstellenden Person einen (bis zu) 3-jährigen Anpassungslehrgang oder eine Eignungsprüfung verlangen, wobei die gesuchstellende Person die Ausgleichsmassnahme aus den beiden genannten Möglichkeiten wählen könnte. Bisher besteht in Art. 27 ff. und 30 ff. BGFA eine gut eingebürgerte und differenzierte gesetzliche Regelung in Bezug auf die Anforderungen für die ständige Ausübung des Anwaltsberufs durch Personen aus EU- und EFTA-Staaten. Wir gehen aufgrund der Ausführungen im erläuternden Bericht davon aus, dass für britische Anwaltsqualifikationen dieses Regime genügen wird und der Bund die generelle Gleichwertigkeit abgeklärt hat, so dass Ausgleichsmassnahmen nicht nötig sein werden. Sollte dem nicht so sein, müsste der Bund den kantonalen Anwaltsaufsichtsbehörden aufzeigen, wie die Vorgaben von Art. A.3 des Anhangs A einheitlich umgesetzt werden könnten, insbesondere hinsichtlich des – in der heutigen Praxis nicht angewendeten – Instruments des Anpassungslehrgangs (Art. A.3 Ziff. 2 Bst. c des Anhangs A).

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Ausführungen.

Mit freundlichen Grüssen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Brigit Wyss
Frau Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatsschreiber